

MÄCHT FÖDERALISMUS GLÜCKLICH?

In einer repräsentativen Umfrage bezeichnet sich gut die Hälfte der befragten Schweizerinnen und Schweizer als glücklich und mehr als ein Drittel sogar als sehr glücklich. Befragte in Deutschland oder den USA geben ein vergleichsweise tieferes Glücks- beziehungsweise Zufriedenheitsniveau an. Wovon hängt aber unser Glück ab?

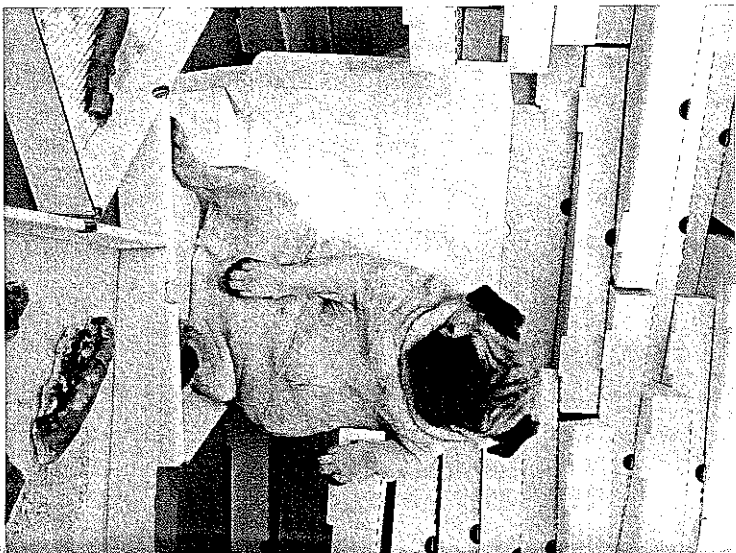
Neben wirtschaftlichen Einflussfaktoren wie Einkommen, Arbeitslosigkeit, Inflation und sozio-demografische Faktoren wie insbesondere Alter, Familienverhältnisse und Gesundheit sind auch politische Bestimmungsgrossen für unsere Lebenszufriedenheit von Bedeutung. Demokratie und Föderalismus tragen wesentlich zu unserer Lebenszufriedenheit bei.

Föderalismus: dezentralisierte politische Entscheidungen

Der Föderalismus gehört zu den Grundprinzipien des schweizerischen Bundesstaates. Hauptgedanke ist, möglichst viele Aufgaben – und entsprechend die Finanzierung der Ausgaben sowie die Verantwortung – kleineren Einheiten (Kantone, Gemeinden) zu überlassen, die einen engeren Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern haben. Die Bevölkerung ihrerseits kann gut beobachten, was und wie auf der politischen Ebene diskutiert, entschieden und umgesetzt wird. Die Gliedstaaten stehen in Konkurrenz zueinander: was sie veranlasst, stärker auf die Wünsche der Bevölkerung einzugehen.

Empirischer Zusammenhang zwischen Föderalismus und Lebenszufriedenheit

Der Zusammenhang zwischen der politischen Dezentralisation und der Lebenszufriedenheit der Bürger wurde für die Schweiz quantitativ untersucht. Die empirischen Ergebnisse zeigen klar, dass föderative Strukturen beziehungsweise lokale Autonomie die Lebenszufriedenheit erhöhen: Je stärker die



Gemeindeautonomie ausgeprägt ist, desto zufriedener sind die Einwohner.

Ein neuer Vorschlag für den Föderalismus: FOCJ

Eine innovative Lösung für den Föderalismus sind die «functional Overlapping Jurisdiction», kurz FOCJ. Bei den FOCJ handelt es sich um regionale Gebietskörperschaften, die die Bevölkerung mit regionalen öffentlichen Leistungen (z.B. Poli-

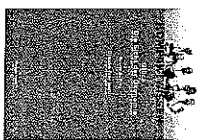
zei, öffentliche Schulen, Wasserversorgung oder Kehrichtabfuhr) versorgen und die Merkmale von Staatswesen aufweisen. Der Vorschlag betont die Rolle der Bürger im politischen Prozess und empfiehlt die Dezentralisation jeder Regierungsfunktion auf einen Zuständigkeitsbereich der geeigneten Grösse. Die Krise der Nutzer:ener, Kostenträger und Entscheidungsträger von regionalen öffentlichen Leistungen sollen sich räumlich möglichst gut decken («räumliche Äquivalenz»). In solchen Zweckregionen wird auf die Präferenzen der Bevölkerung optimal eingegangen, die Versorgung mit öffentlichen Leistungen erfolgt möglichst kostengünstig.

Politische Institutionen schaffen die Voraussetzungen für persönliches Glück

Glück hat viel mit den wirtschaftlichen und institutionellen Gegebenheiten zu tun. Im Gegensatz zu manchen Auffassungen wird Glück nicht nur im engen privaten Raum bestimmt, sondern hat eine wichtige gesellschaftliche Komponente. Damit hängt die Lebenszufriedenheit der Menschen auch von der Politik ab. Wir in der Schweiz haben den Vorzug, in der direkten Demokratie und dem Föderalismus Institutionen zu besitzen, die dem Wohlbefinden der Menschen förderlich sind. ■

Bruno S. Frey, Prof. Dr. Dr.h.c. mult., ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich. Im Zentrum seiner Forschung steht die Anwendung der Ökonomie auf neue Bereiche wie Umwelt, Politik, Kunst, Geschichte, Konflikte, Familie und Glück unter Einbezug psychologischer und sozialologischer Aspekte.

Claudia Frey Marti ist promovierte Ökonomin. Sie war stellvertretende Leiterin der Koordinationsstelle für Umweltschutz des Kantons Basel-Stadt. Anschliessend war sie als Lehrbeauftragte für Volkswirtschaftslehre und Prüfungsleiterin an der Fachhochschule Nordwestschweiz tätig. Heute ist Claudia Frey Marti selbstständigerwerbend.



Bruno S. Frey und Claudia Frey Marti, Glück – Die Sicht der Ökonomie, Rütegger Verlag, Zürich/Chor, 2010

WAS IST EIGENTLICH WIRTSCHAFTS- DEMOKRATIE?

An meinem Büroisch überlege ich mir, wie wir in unseren Firmen das Kapital «Wirtschaftsdemokratie» aus dem SR-Parteiprogramm umsetzen können:

- Die Mitarbeitenden legen die Unternehmensstrategie fest.
- Die Mitarbeitenden bestimmen die Investitionspolitik des Unternehmens.
- Die Mitarbeitenden führen Verhandlungen über die Finanzpolitik des Unternehmens mit den Banken.
- Die Mitarbeitenden kümmern sich um die Aufträge.
- Die Mitarbeitenden erklären sich bereit, einen Teil ihres Lohnes wieder in das Unternehmen zu investieren.
- Die Mitarbeitenden sanieren bei Bedarf die angeschlagene Pensionskasse.
- Die Mitarbeitenden verzichten bei Liquiditätsproblemen auf einen Teil ihres Lohns.
- Die Mitarbeitenden bestimmen Zeitpunkt und Dauer von Kurzarbeit.
- Die Mitarbeitenden wachen über die Sicherheit am Arbeitsplatz.
- Die Mitarbeitenden garantieren Arbeitsplätze auf Lebenszeit.

Da ich das Wort «Verantwortung» nirgends gelesen habe, nehme ich an, diese bleibt bei den Patrons der vielen kleinen und mittleren Unternehmen, welche einen Grossteil der Arbeitsplätze schaffen. Irgendwer muss sie ja tragen. Ansonsten kann ich mich bequem zurückziehen. Sollten wider Erwarten Probleme auftauchen, wird die wirtschaftsdemokratische Unternehmensberatung der SR-Strategen diese im Elterntreiben aus der Welt schaffen. Man wird den Unternehmer anrufen, damit dieser etwas unternimmt und wenn es nur darum geht, weitere finanzielle Mittel in seinem Unternehmen zu verlocken. Es lebe die Wirtschaftsdemokratie.
-Urs Hany